

Protokoll

21. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt

Sitzungstermin: Dienstag, 04.06.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:55 Uhr
Ort: Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Ralf Bergander

stv. Vorsitzende

Frau Silke Kuhlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Vertretung für Herrn Karl-Georg Görtemöller

Herr Christian Lübbe

Vertretung für Herrn Oliver Neils

Frau Anette Marewitz

Herr Winfried Müller

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Heiner Hundeling

Herr Andreas Quebbemann

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Herr Jens Kerntopf

Frau Barbara Pöppe

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Herr Rüdiger Albers

Herr Volker Schulze

Gäste

Herr Dipl.-Geogr. Ralf Pröpper

RP Schalltechnik, Osnabrück

Verwaltung

Herr BD Christian Müller

Frau Franka Stanke

Frau Britta Wiegers

Protokollführerin

Frau Anja Vogt

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Karl-Georg Görtemöller

Herr Oliver Neils

Mitglied Die Linke

Herr Jürgen Holz

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Herr Laurentius Stuckenberg

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHER TEIL:

- | | | |
|----|---|---------------|
| 1 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.04.2024 | |
| 4 | Einwohnerfragestunde | |
| 5 | Lärmaktionsplan 4. Stufe | WP 21-26/0508 |
| 6 | Antrag auf Förderung für Grünflächenmanagement-Maßnahmen durch das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ | WP 21-26/0500 |
| 7 | Verlängerung der Satzung der Stadt Bramsche über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 181 "Gewerbegebiet südöstlich Westerkappelner Straße" um ein weiteres Jahr | WP 21-26/0476 |
| 8 | Städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 176 a Baugesetzbuch (BauGB) zur nachhaltigen Innenentwicklung der Gartenstadt | WP 21-26/0506 |
| 9 | Informationen | |
| 10 | Anfragen und Anregungen | |
| 11 | Einwohnerfragestunde | |

Öffentlicher Teil:

TOP 1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
-------	--

Vors. Bergander begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
-------	---

Keine

TOP 3	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.04.2024
-------	---

Vors. Bergander lässt über den öffentlichen Teil des Protokolls vom 25.04.2024 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltungen

TOP 4	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Keine

TOP 5	Lärmaktionsplan 4. Stufe	WP 21-26/0508
-------	--------------------------	---------------

Beschlussvorschlag:

Die Fortschreibung des Lärmaktionsplan der Stadt Bramsche wird beschlossen.

RM Quebbemann fragt, ob man mit Beschlussfassung auch bereits der vorgeschlagenen Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h für bestimmte Teilabschnitte auf der L 77 zustimme? Er bittet die Verwaltung, sich so zu verständigen, dass vor Umsetzung von derartigen Maßnahmen eine Abstimmung in den politischen Gremien stattfinden könne. BD Müller stimmt diesem Vorgehen zu.

Weiterhin stellt RM Quebbemann fest, wenn man einen PKW durch einen Bus ersetze, würde dies zu einer Lärmerhöhung führen. Er fragt nach groben Richtwerten, wie viele Personen in einem Bus sitzen müssten, um einen Lärmeffekt zu erzielen.

Herr Pröpfer antwortet auf die Frage von RM Quebbemann, dass 1 Omnibus 20 PKW entspräche. Wenn also mehr als 20 Personen, statt einzeln in PKW's fahren, gemeinsam einen Bus nutzen, gäbe es einen positiven Lärmeffekt.

BV Albers fragt, inwieweit der Gesetzgeber gefordert sei, dafür zu sorgen, dass die Hersteller Fahrzeuge leiser machen, man lege bei einem Fahrzeug 60 dB zugrunde, es gebe aber auch Motorrad- und Autofahrer, die deutlich lauter seien, er fragt, ob dies mit in einen Durchschnittswert einfließe. Weiterhin weist er daraufhin, dass es zukünftig mehr E-Autos geben werde und dadurch werde sich der Lärm in Bezug auf den Straßenbelag nicht reduzieren, aber die Motorengeräusche würden wegfallen.

Herr Pröpfer erläutert auf die Frage von BV Albers, dass die Bundesanstalt für Straßenwesen getestet und gemessen habe, wie laut E-Autos in der Vorbeifahrt seien. Verbrenner- und Elektrofahrzeuge erzeugen bei einer Geschwindigkeit ab 40-50 km/h, je nach Größe, den gleichen Schallpegel. Die Richtlinien gäben noch nicht her, dass man zwischen den entsprechenden Antriebsarten unterscheiden dürfe. Weiterhin erklärt er, dass die Motorräder mit den gleichen Werten wie LKW in die Berechnung einfließen würden, dabei werde immer die zugelassene Höchstgeschwindigkeit zugrunde gelegt.

Vors. Bergander bedankt sich bei Herrn Pröpfer für die Vorstellung und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 6	Antrag auf Förderung für Grünflächenmanagement-Maßnahmen durch das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“	WP 21-26/0500
-------	--	---------------

Frau Stanke stellt anhand einer Präsentation ausführlich den Stand und aktuelle Fördermöglichkeiten des Projektes Grünflächenmanagement vor (sh. Anlage).

RM Kuhlmann bedankt sich für die Präsentation und das Engagement und wünscht viel Erfolg bei der Förderantragstellung. Sie merkt an, dass die 925 Bäume ein gemeinsames Projekt des Ortsrates Bramsche-Mitte und nicht nur des Bürgermeisters seien.

RM Quebbemann ist erfreut über die frische Herangehensweise von jungen Menschen in diesem Verfahren, man merke den frischen Wind im Rathaus. Er fragt konkret, ob das Thema LoRaWAN in dem Gesamtkonzept berücksichtigt werde, dieses Netz sei landkreisweit aufgebaut worden.

BD Müller erläutert, dass die technische Begleitung von Bepflanzungsmaßnahmen noch nicht berücksichtigt worden sei und begrüßt den von RM Quebbemann vorgeschlagenen Informationsfluss des Landkreises an die Städte und Gemeinden.

Vors. Bergander fragt nach dem Zeithorizont bis zur Förderzusage. Frau Stanke antwortet, dass innerhalb weniger Wochen mit einer Bescheiderteilung zu rechnen sei.

TOP 7	Verlängerung der Satzung der Stadt Bramsche über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 181 "Gewerbegebiet südöstlich Westerkappeler Straße" um ein weiteres Jahr	WP 21-26/0476
-------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Die Zweijahresfrist der am 23.06.2022 beschlossenen Satzung der Stadt Bramsche über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 181 „Gewerbegebiet südöstlich Westerkappeler Straße“ wird gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) um ein weiteres Jahr verlängert und die Veränderungssperre wird erneut als Satzung beschlossen.

Die als Anlage beigefügte Satzung sowie die zeichnerische Darstellung des Geltungsbereiches sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Frau Wieggers erläutert, dass für den in Rede stehenden Bereich der Bebauungsplan geändert werde und in diesem Zusammenhang am 23.06.2022 eine Veränderungssperre beschlossen worden sei. Diese Veränderungssperre liefe nun aus, das B-Planverfahren sei aufgrund seiner Komplexität aber noch nicht abgeschlossen. Daher schlage die Verwaltung die Verlängerung um ein Jahr vor.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11	Stimmen dafür
0	Stimmen dagegen
0	Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung erarbeitet ein Städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 176 a Baugesetzbuch (BauGB) zur nachhaltigen Innenentwicklung der Gartenstadt.

Frau Wieggers trägt vor, dass in der Gartenstadt diverse städtebauliche Defizite in der Verkehrsinfrastruktur, der Nahversorgung, der ärztlichen Versorgung etc. bekannt seien. Es sei wichtig, im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung der Gartenstadt alle Themenbereiche, die darüber hinaus in diesem Stadtteil auch die Nachverdichtungsmöglichkeiten und die Vielzahl an veralteten Bebauungsplänen betreffen auf einander abzustimmen.

Grundlage für die Konzepterstellung werden u.a. die bereits vorliegenden Gutachten (Nachverdichtungskonzept Gartenstadt, Verkehrsentwicklungsplan, Nahversorgungskonzept etc.) bilden.

In dem Zusammenhang schlage die Verwaltung verschiedene Formate der Bürgerbeteiligung vor.

RM Müller bedankt sich für den Vortrag, er freue sich darüber, dass die Verwaltung ein Konzept zur Entwicklung der Gartenstadt erstellen werde. Er finde die Einbeziehung der Bevölkerung sehr wichtig und wünsche sich, dass man zügig zu einer positiven Weiterentwicklung komme. Es sei ihm wichtig, fundierte Antworten auf die Fragen zu erhalten, wie zum Beispiel ungewollte bauliche Entwicklungen vermieden aber gewünschte Siedlungsentwicklung unterstützt werden könne, wie planerisch dem Sterben von Handel und Dienstleistung entgegenzuwirken sei und die Versorgung unter Einbeziehung der medizinischen Versorgung gewährleistet werden könne. Ideal wären Nutzungskonzepte für städtische Liegenschaften, die zu einer positiven Veränderung in dem Quartier Gartenstadt führen würden.

RM Kuhlmann begrüßt als Gartenstädterin die Entwicklung des Konzeptes, insbesondere, dass Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt werden sollen und das charakteristische Strukturen erhalten bleiben sollen.

Sie moniert die Beurteilung der städtischen Immobilien VHS und Turnhalle am Lutterdamm als abgängig. Nach der Definition dürfe die Immobilie aktuell gar nicht mehr genutzt werden. Im letzten Nahversorgungskonzept aus 2022 werde das Gelände für einen Supermarkt als nicht ausreichend groß beschrieben und es seien auch perspektivisch keine weiteren Flächen städtebaulich in integrierter Lage an diesem Standort. Aus diesem Grund sei man sehr gespannt auf das zu aktualisierende Nahversorgungskonzept. Die B-Pläne seien der CDU-Fraktion ebenfalls sehr wichtig.

Frau Wieggers antwortet auf die Frage von RM Kuhlmann welche Kosten für die Konzepterstellung entstünden, dass nicht vorgesehen sei, hierfür ein Planungsbüro zu beauftragen. Die Verwaltung führe die bereits vorliegenden Fachgutachten zusammen. Ob für die Bürgerbeteiligung externe Unterstützung benötigt werde, ergebe sich im Verfahren. Eventuelle Kosten hierfür könne man noch nicht benennen.

BD Müller erläutert zu der Liegenschaft an der Jägerstraße und dem Wort abgängig, dass er die Beurteilung von RM Kuhlmann teile und dieses relativiert werde, indem das Wort aus der juristischen Bedeutung herausgenommen werde und man sich darüber einig sei, dass die Gebäude und die Liegenschaften, so wie sie heute auf dem Grundstück seien, nicht zukunftsfähig seien. Es sei nicht so, dass es ein Sicherheitsrisiko gebe, sodass die Gebäude geschlossen werden müssten. Es bestehe aber ein erheblicher Sanierungsbedarf.

RM Staas-Niemeyer begrüßt das Konzept für die Gartenstadt, empfindet es als hohes Ziel und bezweifelt Einwirkungsmöglichkeiten der Verwaltung auf z. B. die medizinische Versorgung. Sie bittet die Verwaltung, bei allen Planungen die Kosten im Blick zu haben, es müsse auf den Haushalt geachtet werden. Ihr selbst seien die Potentiale zur Nachverdichtung am wichtigsten und man müsse gegen ungewollte Bebauung steuern, sonst sei der Charakter der Gartenstadt bald nicht mehr erkennbar.

BD Müller bestätigt die Priorität der Kosten. Man wolle mit dieser Vorlage den Bewohnern deutlich machen, dass es noch keine Entscheidungen gebe, die kurzfristig umgesetzt werden sollen, wie es in der Vergangenheit kolportiert wurde. Die vorgesehene Bürgerbeteiligung sei daher besonders wichtig.

RM Quebbemann schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Beauftragung Dritter einer gesonderten Beratung und Beschlussfassung in diesem Ausschuss bedürfe.

RM Quebbemann erläutert, dass darüber hinaus für alle Ortsteile von Bramsche ähnliche Konzepte erstellt werden sollten, insbesondere im Hinblick auf die Nahversorgung, die in Achmer und auf dem Bramscher Berg ebenfalls nicht vorhanden seien.

BD Müller antwortet, dass das Nahversorgungskonzept grundsätzlich die Gesamtstadt Bramsche, mit allen Ortsteilen, abbilden müsse. Von daher werde diesem Wunsch mit der Aufstellung ohnehin entsprochen. Man habe aber in der Gartenstadt die Besonderheit, dass es sich hier eben nicht um einen Ortsteil handle. Die Gartenstadt sei Teil der Kernstadt und bedürfe allein deswegen einer besonderen Betrachtung. Im Übrigen bestünde auch ohne das Nahversorgungskonzept in allen Ortsteilen, auch in Achmer und auf dem Bramscher Berg, Möglichkeiten der Ansiedlung von nicht raumbedeutsamen Märkten, so es denn hier ein Investitionsinteresse gäbe.

RM Lübbe bemerkt, dass es das Ziel der SPD sei, die gesamte Stadt Bramsche im Fokus zu haben. Die Gartenstadt sei dabei einer der größten Stadtteile mit dem dringendsten Handlungsbedarf. Seine Fraktion werde die einzelnen Faktoren prüfen, man sei mit der VHS bereits eine Bürgerbeteiligung angegangen und habe die Meinung als wichtig empfunden. Man wisse, dass man nicht zeitgleich überall optimieren und anpassen könne auch wenn man sehr bedauere, dass man in den Ortsteilen keine ärztliche Vollversorgung habe und die Supermärkte schließen.

RM Hundeling stellt klar, dass die CDU-Fraktion es sehr kritisch sehe, die Liegenschaft an der Jägerstraße ohne Konzept herzugeben. Es handle sich um einen Versammlungsraum mitten in der Gartenstadt, dem man seinen Wert beimessen solle. Man solle den Änderungsantrag von RM Quebbemann einbinden, dass keine externen Gutachten oder Leistungen Dritter beauftragt werden sollen.

Vors. Bergander lässt über den Änderungsantrag zur Beauftragung Dritter abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4	Stimmen dafür
6	Stimmen dagegen
1	Enthaltungen

Vors. Bergander lässt über den o. g. Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

8	Stimmen dafür
3	Stimmen dagegen
0	Enthaltungen

Keine

BD Müller antwortet auf die Frage von BV Schulze, dass der Investor an dem Projekt „Penter Weg“ festhalte, es aber unter den Rahmenbedingungen, die gerade auf dem Wohnungsmarkt und im Baugewerbe herrschen, momentan wirtschaftlich nicht umzusetzen sei. Der Investor entwickle zurzeit, gemeinsam mit dem Planungsbüro Ideen, wie man dieses Projekt unter den jetzigen Rahmenbedingungen dennoch an den Start bringen könne. Dazu seien auch Umplanungen des Projektes notwendig, an denen man arbeite. Die Verwaltung werde diese in Kürze von dem Investor bekommen, diese könnten dann im Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

BV Schulze erinnert an die Überquerungshilfe gegenüber des Penny-Marktes/Breslauer Straße und fragt, ob es dort eine Entwicklung gebe.

BD Müller erläutert, dass dort eine weitere Zählung durch den Straßenbaulastträger gefordert wurde, er habe die Ergebnisse noch nicht vorliegen. Man wirke von der Verwaltung immer wieder darauf ein, dass dort endlich eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse, es fehle allein die Bereitschaft des Straßenbaulastträgers zur Kostenübernahme.

BV Schulze fragt nach der Zusage der Verwaltung, dass im Mai eine Ampelanlage kommen sollte. BD Müller informiert, dass die Installation der Ampelanlage kurz bevorstehe, die Auftragsvergabe sei erfolgt.

RM Quebbemann fragt nach den sich schon länger in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen und dem Sachstand dazu und bittet ausdrücklich um Aufnahme in das Protokoll, es betreffe den Campingplatz in Kalkriese, wie sei dort der Sachstand, der weitere Zeithorizont und das Vorgehen und der Bereich der LAB in Hesepe.

BD Müller berichtet, dass der Eigentümer des Campingplatzes in Kalkriese vom Landkreis aufgefordert worden sei, Nachweise über den Zustand und die Leistungsfähigkeit des Abwassersystems zu erbringen, die der Eigentümer in Auftrag gegeben habe. Erst wenn diese Erkenntnisse vorlägen, könne die Verwaltung die Bauleitplanung vorantreiben. Für den Bereich der LAB habe man den Entwurf des Bebauungsplans intensiv überarbeitet, damit er in Kürze der Politik vorgestellt werden könne.

Ein Bürger teilt mit, dass es heiße, es gebe noch kein Konzept zur VHS/Gartenstadt, er habe in der Zeitung gelesen, dass jemand zu einer Demonstration aufrufe und ein Arbeitskreis gegründet worden sei, aus dem Arbeitskreis aber keine Informationen kämen. In der gleich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung sollen drei Konzepte vorgestellt werden. Er fragt, ob dies richtig sei.

Vors. Bergander antwortet, dass es drei Investoren gebe, die Planungsabsichten auf dem Gelände hätten. Es sei zwar noch keine Entscheidung dazu getroffen worden, aber man müsse sich ernsthaft damit auseinandersetzen. Im nichtöffentlichen Teil werde man die ersten Vorschläge sehen. Es fände im nichtöffentlichen Teil statt, weil die Investoren nicht genannt werden möchten und es darüber hinaus um monetäre Angebote ginge. Die Pläne seien bislang in keinem Arbeitskreis bekannt

gegeben worden, sonst würde man sie nicht im nichtöffentlichen Teil behandeln. Sobald man so weit sei, werde man das auch transparent machen und diskutieren.

Auf die Frage des Bürgers, ob mit der Arbeitsgruppe geplant wurde und man wisse, in welche Richtung es ginge, antwortet Vors. Bergander, dass dies nicht der Fall sei, man habe lediglich über einen Sachstand informiert.

In dem Arbeitskreis sei die Leiterin der VHS, die Nutzer der Turnhalle und die Anlieger. Es sei nur aufgenommen worden, was die geladenen Teilnehmer geäußert hätten, mehr nicht. Der nächste Arbeitskreis tage am 21.06.24.

Eine Bürgerin erläutert, man müsse in Bramsche eine VHS behalten, um nicht nach Osnabrück fahren zu müssen. Sie erläutert die Bedeutung der Turnhalle und des gesamten Areals für die Gartenstadt und fragt nach Alternativen zu einer Entwicklung mit einem Supermarkt.

Ralf Bergander
Vorsitzender

BD Christian Müller
Verwaltung

Anja Vogt
Protokollführerin